



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 3 / 2010

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Das Rotlicht überstrahlt alles

Die Medien berichteten ausführlichst. Bürger protestierten vergeblich. In den Ausstellungsräumen der Wiener Sezession präsentierte sich das Rotlicht schamlos.

Die sogenannte Kulturpolitik läßt auch in Zeiten des Sparens auch allergrößte Schweinereien aus dem bereits leeren Steuertopf des Bürgers bezahlen.

Die Wiener Sezession ist immer wieder ein Ort des Skandals. Man erinnert sich noch, wie **Martin Humer** seinerzeit gotteslästerliche Schmierereien des Kommmandanten **Otto Mühl** „zunitschte“. Der Lebensschützer wurde damals vom Gericht nach einer Klage der Sezession freigesprochen.

Jetzt brachte die Sezession in ihren Räumen einen „Swingerklub“ unter. Ein

Swingerklub ist ein Ort, an dem Interessierte Gruppensex betreiben können. Man deklarierte den Swingerklub als Teil eines „Kunstobjektes“ und subventionierte ihn aus Steuergeldern. In einem Beschwerdebrief an Bundespräsident **Heinz Fischer** erinnerte **Humer** daran, daß Österreich ein sittenloser, verwehrloser Haufen geworden sei. Politiker ließen sich offensichtlich von den Unterweltlern unter Druck setzen.

Auch **Benno Hofschulte** kritisierte den politisch gesponserten Sexklub in der Wiener Sezession und forderte Bürgermeister **Michael Häupl** zum Rücktritt auf. Die Österreichisch Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum sprach von einem der größ-

ten Skandalprojekte Österreichs. Tagsüber ist der neue Swingerklub, wie die anderen Ausstellungen, zum normalen Eintrittspreis zu besichtigen. Ab 21 Uhr jedoch kostet es mehr, denn dann geht die Post ab: Eintreten in den Sündenpfuhl, der von der Sezession um 90.000 Euro (inklusive Sadomaso-Kammer) umgebaut wurde, kann jeder, der den Eintrittspreis zwischen 6 und 42 Euro (gestaffelt nach Tag und Geschlecht) bezahlt. Einzige Einschränkung: Man muß über 18 Jahre sein. Und zusätzlich sollte man keine sexuellen Hemmungen haben.

Bund und Stadt Wien sehen kein Problem. Es geht um die sogenannte „Freiheit der Kunst“. 220.000 Euro erhält die Sezession jährlich vom Unterrichts- und Kunstmini-

sterium. Und 330.000 Euro von der Stadt Wien. Die Sezession wird so zu einem Drittel durch Jahresförderungen finanziert, den Rest zahlen Private und Sponsoren. Indirekt wird das umstrittene „Kunstprojekt“ also dennoch vom Steuerzahler bezahlt. Die Sezession selbst hat in dieses Projekt 90.000 (!) Euro gesteckt: Umbau und Adaptierung zu einem Swingerklub inklusive „Sadomaso-Kammer“.

Nach einem Grundsatzurteil des Oberlandesgerichts (OLG) Hamburg ist schon das Betrachten von kinderpornographischen Internetseiten strafbar. Der

Ein Urteil

2. Strafsenat des Hanseatischen OLG entschied in Hamburg in einem unanfechtbaren Revisionsurteil, daß Internetnutzer strafbar handeln, die sich solche Dateien verschaffen, bewußt aufrufen und auf dem Computer betrachten. Die Strafbarkeit setzt nicht voraus, daß der Nutzer die Datei manuell auf seinem Computer abspeichern wolle oder Kenntnis von einer automatischen Abspeicherung im temporären Internet-Speicher „Cache“ seines Computers hat.

Hilferuf aus dem Saarland

Ein Hilferuf kam aus dem kleinen Saarland. Dort hat die „Michael-Stich-Stiftung“ eine Aids-Kampagne gestartet. Das halbe Saarland ist mit den widerlichsten Plakaten bestückt.

Ansicht hier (bitte Vorsicht!): [schaft/leute/Anti-Aids-Kampagne-in-der-Leichenhalle_aid_819195.html](http://www.rp-online.de/gesellschaft/Dra-stische-Anti-Aids-Kampagne_bid_22740.html?skip=0&refback=http://www.rp-online.de/gesell-</p></div><div data-bbox=)

Wahrscheinlich wurde das kleine Saarland als Testgebiet gewählt, um zu schauen, wie die Bevölkerung darauf reagiert. Vielleicht werden die Plakate auch bald in anderen Städten zu sehen sein, wenn wir es nicht schaffen, dies zu verhindern.

Bitte protestieren Sie da-

gegen und helfen Sie mit, unsere Kinder und Jugendlichen vor solchen schädlichen Einflüssen zu schützen. Schreiben Sie einen Protestbrief oder ein Email oder rufen Sie an. Je mehr Beschwerden oder Anrufe bei den Verantwortlichen eingehen, um so eher ist man bereit, etwas zu ändern. Auch ein Leserbrief an die Tageszeitung bleibt nicht ohne Wirkung!

Günter Annen